
Das Projekt des Westens

Rezension von: Heinrich August Winkler,
Geschichte des Westens, Band 1:
Von den Anfängen in der Antike bis
zum 20. Jahrhundert, Verlag C. H. Beck,
München 2009, 1.343 Seiten, € 39.

Im Jahre 2000 präsentierte Heinrich August Winkler, damals Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, sein berühmtes zweibändiges Werk „Der lange Weg nach Westen“, eine problemorientierte deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Mittlerweile erschien dessen sechste Auflage (2005).

Im Mittelpunkt von Winklers Darstellung stand das Verhältnis von Demokratie und Nation. Die Leitfragen waren dabei folgende: Wieso wurde Deutschland erst 1871 ein Nationalstaat und noch viel später, nämlich 1918/19, eine Demokratie? Welche Folgen hatte diese doppelte Verspätung gegenüber England und Frankreich? Wie kam es, dass die Weimarer Republik zwar formal eine Demokratie war, ein demokratischer Grundkonsens aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Interessenvertretungen aber fehlte und ein Großteil der sozialen Eliten antidemokratisch eingestellt war? Und letztlich: „Warum es zur Herrschaft Hitlers kam, ist immer noch die wichtigste Frage der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, wenn nicht der deutschen Geschichte überhaupt.“ (Bd. 1, S. 2) Man könnte all diese Fragen zu einer einzigen, sehr vielschichtigen zusammenfassen: Gab es einen deutschen „Sonderweg“ in die Moderne?

Der vorliegende Band ist der erste Teil eines weiteren *opus magnum* von Winkler, das die im deutschen Kontext

gestellten Fragen erneut aufgreift und in einem weiteren Zusammenhang behandelt. Ging es im „Langen Weg nach Westen“ um die Schwierigkeiten Deutschlands, sich die politische Kultur des Westens anzueignen, so untersucht Winkler nun, wie in den anderen europäischen Ländern und in Nordamerika die Wege nach Westen verliefen. Wie kam das normative „Projekt des Westens“ überhaupt zustande? Welches sind seine historischen Wurzeln? Wie vollzog sich die „Verwestlichung des Westens“ im 19. und 20. Jahrhundert, nachdem das Projekt in der Aufklärung ausformuliert worden war? Welche Rückschläge erfolgten im „Zeitalter der Extreme“?

Zum Kernbestand des normativen Projekts des Westens gehören für Winkler die unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechte, die Herrschaft des Rechts, die Gewaltenteilung und die repräsentative Demokratie.

Die Leitlinien von Winklers Darstellung sind neben der Entstehung des westlichen Projekts im Abendland und der Ungleichzeitigkeit seiner Verwirklichung im 19. und 20. Jahrhundert die Widersprüche zwischen Projekt und Praxis, die sich immer wieder – in den einzelnen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung – auftaten und weiter auftun, sowie die Außenwirkungen des Projekts – etwa auf die Kolonien der westlichen Länder und auf Staaten wie Russland und Japan, wo es zu einer „Teilverwestlichung“ kam – und die Wechselwirkungen zwischen dem Westen und dem Nicht-Westen.

Winkler strebt keine umfassende Darstellung der Geschichte des Westens an, sondern eine Problem- und Diskursgeschichte, welche sich auf die oben angeführten Fragen konzentriert. Eine derartige Geschichte des Westens gab es bislang noch nicht.

Die Entstehung des Westens

Die stärkste gemeinsame Prägung des Abendlandes ist religiöser Natur: In der spezifisch christlichen Unterscheidung zwischen göttlicher und weltlicher Ordnung waren die Säkularisierung der Welt und die Emanzipation des Menschen bereits angelegt.

Die ansatzweise Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt erfolgte im Zuge des Investiturstreits des späten 11. und frühen 12. Jahrhunderts. Winkler bezeichnet diese erste Gewaltenteilung „als Keimzelle der Gewaltenteilung überhaupt“ (S. 20), denn sie setzte Kräfte frei, die sich erst durch diese Trennung voll entfalten und weiter ausdifferenzieren konnten.

Es folgte eine zweite Gewaltenteilung, beginnend mit der englischen Magna Charta von 1215: die Trennung von fürstlicher und ständischer Gewalt. Letztere wurde von Adel, Geistlichkeit und städtischem Bürgertum ausgeübt.

Beide mittelalterlichen Gewaltenteilungen beschränkten sich auf den Bereich der Westkirche. Im Raum der Ostkirche fehlte der Dualismus zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt. Ersterer war Letzterer untergeordnet. Auch die Trennung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt gab es dort nicht. Es entwickelte sich in Russland und in Südosteuropa, anders als im Westen, keine Stadtfreiheit und kein selbstbewusstes städtisches Bürgertum. Infolgedessen konnte auch keine Tradition individueller und korporativer Freiheit entstehen.

Historisch gehören das östliche Mitteleuropa, das Baltikum und die Westukraine zum Abendland, also zu jenem Teil des Kontinents, der seinen gemeinsamen Mittelpunkt bis zur Reformation in Rom hatte.

Im orthodoxen Russland währte von

der Mitte des 13. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts die Tributheerrschaft der mongolischen Goldenen Horde. Dies war eine Epoche des kulturellen und gesellschaftlichen Niedergangs mit langfristigen Folgen. Die Abschüttelung der mongolischen Oberhoheit führte nicht zur Verwestlichung Russlands, sondern zur Errichtung eines despotischen Zentralstaates. Der russische Adel, der riesige Ländereien besaß, bildete kein Gegengewicht zur Autokratie des Zaren, sondern deren wichtigste Stütze.

In Südosteuropa zog die Grenze zwischen christlichem Abendland und Osmanischem Reich einen noch sehr viel schärferen Trennungsstrich als zwischen katholischem Westen und orthodoxem Osten in Europas Nordosten. Wie in Russland die mongolische Oberhoheit, so vertiefte die sehr viel länger währende osmanische Herrschaft auf dem Balkan den Graben zwischen Ost und West, der dort seit Langem, nämlich seit der Spaltung der lateinischen von der orthodoxen Christenheit, bestanden hatte.

Der orthodoxe Osten hatte keinen Anteil an den Emanzipationsprozessen im Westen von Humanismus und Renaissance über die Reformation bis zur Aufklärung – Prozesse, für welche die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt die Voraussetzung bildeten.

Das Zeitalter der Renaissance, das in Italien Mitte des 14. Jahrhunderts begann, baute auf dem auf, was das hohe Mittelalter an künstlerischen Leistungen, an wissenschaftlicher Erkenntnis und Streitkultur hervorgebracht hatte. Um 1500 wurde die Renaissance zur europäischen Kunstepoche. Doch nirgendwo ging die Säkularisierung des Denkens so weit wie in den Stadtrepubliken Nord- und Mittelitaliens.

Der Humanismus breitete sich bereits im 15. Jahrhundert von Italien über Mittel- und Westeuropa aus. Die Humanisten wandten sich im Namen einer Wissenschaft, die das Erbe der griechischen und römischen Antike, z. T. vermittelt über jüdische und maurische Autoren aus Andalusien, aufgriff, gegen die erstarrte Scholastik und bekämpfte alle Formen von geistigem Zwang und Aberglauben. Die katholische Kirche sollte im Geiste der Botschaften, auf die sie sich gründete, erneuert werden. Die Naturwissenschaftler und Philosophen, die Kopernikus' Ideen hartnäckig weiterverfolgten, lösten die Wissenschaft konsequent aus der Theologie heraus. Giordano Bruno und Galileo Galilei wurden dafür von der Kirche zur Rechenschaft gezogen.

Die Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts veränderten die Stellung des europäischen Abendlandes in der Welt radikal. Diese Entdeckungen auf dem Seeweg waren ein spezifisch westliches Phänomen. „Nur im Westen hatte sich eine Tradition christlicher Selbstaufklärung herausgeformt, die von der Kirche aufs Schärfste bekämpft wurde, aber nicht ausgerottet werden konnte. Nur im Westen war durch die Trennung erst von geistlicher und weltlicher, dann von fürstlicher und ständischer Gewalt der Grund gelegt worden für das, was wir Pluralismus und Zivilgesellschaft nennen. Nur im Westen gab es den Rationalisierungsschub, der von der Rezeption des römischen Rechts ausging. Nur im Westen entstand ein städtisches Bürgertum, das wagemutige Kaufleute und Unternehmer in großer Zahl hervorbrachte. Nur im Westen konnte sich der Geist des Individualismus entfalten, der eine Bedingung allen weiteren Fortschritts war.“ (S. 93)

Die Reformation des 16. Jahrhunderts brachte, indem sie das Gewissen des Einzelnen zur höchsten moralischen Instanz erhob, einen gewaltigen Zugewinn an Freiheit. Gleichzeitig jedoch bewirkte sie in Gestalt des Staatskirchentums erhöhten obrigkeitlichen Zwang und einen Rückfall hinter die bereits ansatzweise erreichte Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt und hinter die religiöse Toleranz, für welche die Humanistik eingetreten war. Die Geschichte des Abendlandes im Mittelalter und in der frühen Neuzeit ist also keineswegs eine Geschichte des ununterbrochenen Fortschritts in Richtung auf mehr Freiheit, sondern eine Abfolge von Fort- und Rückschritten, die in den einzelnen Regionen des Westens ungleichzeitig erfolgten.

Aus dem Widerstand protestantischer Nonkonformisten im anglikanischen England des 17. Jahrhunderts entstand in den nordamerikanischen Kolonien eine demokratische Bewegung, welche das Projekt des Westens wesentliche Schritte vorantreiben sollte.

In England aber, dem freiesten unter den größeren Ländern Europas, wurde die mittelalterliche Gewaltentrennung zwischen fürstlicher und ständischer Gewalt weiterentwickelt zur modernen Gewaltenteilung, jener zwischen gesetzgebender, vollziehender und rechtsprechender Gewalt.

Das Projekt des Westens war eine transatlantische Koproduktion, es wurde auf beiden Seiten des Nordatlantiks weiterentwickelt. Die dabei entstandenen, von der Aufklärung entscheidend geprägten Ideen befruchteten sich gegenseitig. Die erste Menschenrechtserklärung wurde 1776 in Virginia beschlossen und verkündet. Sie beeinflusste wesentlich die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte

durch die französische Nationalversammlung 1789. „Seit den beiden atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, war das Projekt des Westens im Wesentlichen ausformuliert. Der Westen hatte einen Maßstab, an dem er sich messen konnte – und messen lassen musste.“ (S. 21) (Der Begriff „Westen“ im Sinne einer transatlantischen Einheit tauchte freilich erst Ende des 19. Jahrhunderts häufiger auf.)

Die Verwestlichung des Westens

Die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bestand zu einem erheblichen Teil aus Auseinandersetzungen um die Aneignung oder Verwerfung der Ideen von 1776 und 1789: Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, Volkssouveränität, repräsentative Demokratie.

Die Verwestlichung des Westens im langen 19. Jahrhundert von 1776 bis 1914 war ein Prozess, dessen hervorstechendes Merkmal die Ungleichzeitigkeit bildet. Staaten, welche die einschlägigen Ideen der Amerikanischen und der Französischen Revolution in hohem Maße in der Praxis umsetzten, standen solche gegenüber, welche dies höchstens teilweise taten. Trotz aller Unterschiede zwischen den politischen Systemen registriert Winkler ein normatives Minimum, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Nationen des Westens auszeichnete: die Rechtsstaatlichkeit, welche unlösbar verknüpft war mit der Trennung zwischen gesetzgebender, exekutiver und rechtsprechender Gewalt.

Die wesentlichste Herausforderung für das Projekt des Westens bildete im Europa des 19. Jahrhunderts der Nati-

onalismus, der selbst in vieler Hinsicht ein Phänomen der westlichen Moderne war. Diese Herausforderung prägte auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts entscheidend mit. Die Ideologie des modernen Nationalismus erhob die Nation zur höchsten Sinngebungs- und Rechtfertigungsinstanz und leitete daraus ihren Anspruch auf ein Loyalitätsmonopol ab. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr der Nationalismus einen Funktionswandel, der mit einer Änderung seiner Trägerschichten einherging: Aus einer Ideologie, mit der das aufstrebende Bürgertum die Kräfte der Beharrung bekämpfte hatte, wurde ein Instrument der Rechten in der Auseinandersetzung mit der neu entstandenen marxistischen und internationalistischen Linken.

Im Deutschen Reich beschleunigte die innenpolitische Zäsur von 1878/79 den Wandel des Nationalismus, machte „aus einer ursprünglich liberalen bis linken Parole einen Schlachtruf der politischen Rechten“. (S. 244) Vor 1871 war, wer sich „national“ nannte, „anti-feudal“, sei es im liberalen oder im demokratischen Sinn, gewesen, war für die Emanzipation des Bürgertums oder der Arbeiter eingetreten. Den neuen, rechten Deutschnationalismus zeichneten die Loyalität zur Fürstenherrschaft, welche die Volkssouveränität negierte, Imperialismus, Sozialdarwinismus, Aggressivität gegenüber den inneren „Reichsfeinden“, Antisemitismus und Militarismus aus.

Der Wandel vom liberalen und linken zum konservativen und rechten Nationalismus beschränkte sich freilich nicht auf Deutschland. Was diese Richtungsänderung von vergleichbaren Entwicklungen in westeuropäischen Ländern abhob, waren die feudale Nutznießerschaft, die Rolle des Nationalismus als Mittel zur Befestigung

des Einflusses einer aristokratischen Führungsschicht und die Schwäche der liberalen Gegengewichte.

Der „integrale Nationalismus“, der um die Jahrhundertwende entstand, bereitete den deutschen „Ideen von 1914“ und dem italienischen Faschismus den Boden.

Der extreme deutsche Kriegsnationalismus fand seinen bekanntesten Ausdruck im berühmten „Aufruf an die Kulturnationen“ vom Oktober 1914. Die darin propagierten „Ideen von 1914“ waren eine Absage an Liberalismus und Individualismus, an Demokratie und allgemeine Menschenrechte, kurz an die Werte des Westens. Deutsche Werte waren dagegen Pflicht, Ordnung und Gerechtigkeit, die nur durch einen starken Staat gewährleistet werden konnten“ (Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, S. 332). Zu diesen Ideen gehörte auch die „Volksgemeinschaft“, welche die Klassenspaltung und mit ihr den marxistischen Internationalismus überwinden sollte.

Aus dem Ersten Weltkrieg erwuchsen die totalitären Herausforderungen für das Projekt des Westens: Faschismus bzw. Nationalsozialismus und Kommunismus. Das „kurze 20. Jahrhundert“ stand im Banne dieser Konflikte. Aber das wird das Thema für den zweiten Band von Winklers großem Werk sein.

Ideal und politische Realität

Die Widersprüche zwischen dem normativen Projekt des Westens und seiner praktischen Umsetzung betrafen im 19. Jahrhundert sehr große Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Westens selbst und die Bevölkerung jener Gebiete im Nicht-Westen, welche jener direkt oder indirekt beherrschte. An dieser Stelle können

selbstverständlich nur wenige dieser Gegensätze kurz angerissen werden:

* Die Arbeiterschaft erkämpfte sich staatsbürgerliche Rechte und ein menschenwürdiges Dasein erst nach langwierigen, schweren und oft gewaltsam ausgetragenen Konflikten.

* Den Frauen wurde politische Gleichberechtigung erst mit Verzögerung zugestanden. Vor 1914 hatten das allgemeine Frauenwahlrecht nur Neuseeland und das unter russischer Oberhoheit stehende Großfürstentum Finnland.

* Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, dem Zeitalter des Imperialismus, teilten sich die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten weite Teile der nichteuropäischen Welt untereinander auf. Die wirtschaftlichen Interessen der Metropolen hatten absoluten Vorrang vor den Interessen der kolonialen (und quasi-kolonialen) Bevölkerungen. Letztere wurden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, was bis zur de facto-Versklavung gehen konnte. Gruppen, die Widerstand leisteten, wurden mit allen militärischen Mitteln bekämpft. In den schlimmsten Fällen schloss das den Versuch des Genozids ein. Auf der anderen Seite bargen die Kolonialherrschaften auch – in sehr unterschiedlichem Ausmaß – Emanzipationspotenziale und entfalten modernisierende Wirkungen.

* Der politische Humanismus blieb lange an eine Rassenschranke gebunden. In den Südstaaten der USA endete die Versklavung der Afroamerikaner erst mit dem Bürgerkrieg. Den Ureinwohnern Australiens und den nichtweißen Bewohnern vieler anderer westlicher Kolonien wurden die Menschen- und Bürgerrechte bis weit ins 20. Jahrhundert vorenthalten.

Was allerdings den Westen auch auszeichnet, ist – projektimmanent – seine

Fähigkeit zur Selbstkritik, zur Korrektur seiner Praxis und zur Weiterentwicklung seines Projekts. Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Demokratie und eine entwickelte, pluralistische Zivilgesellschaft dienen ja nicht zuletzt dem Zweck, gravierende Fehlentwicklungen korrigieren zu können.

Der Westen, so Winkler in der Einleitung, „kann für die Verbreitung seiner Werte nichts Besseres tun, als sich selbst an sie zu halten und selbstkritisch mit seiner Geschichte umzugehen, die auf weiten Strecken eine Geschichte von Verstößen gegen die eigenen Ideale war“. (S. 24)

Wer eine problemorientierte politische Geschichte des Westens vom

Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert sucht, dem sei Winklers analytisch und stilistisch beeindruckendes Werk empfohlen. Es legt Trends und Grundlinien offen, bietet gleichsam nebenbei ganze Nationalgeschichten mit einer Fülle von Details, oft in neuem Licht. Dabei wird die transnationale Perspektive nie vernachlässigt. Hinzu kommt, dass es Winkler versteht, fesselnd zu erzählen und selbst komplexe Zusammenhänge klar dazulegen. Nach der Lektüre dieses großen geisteswissenschaftlichen Werks, das gleichzeitig ein Plädoyer für ein spezifisches westliches Selbstverständnis ist, blickt der Rezensent mit großer Vorfreude dem Erscheinen des zweiten Bandes entgegen.

Martin Mailberg